

II-3435 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1702/J
1985 -11- 06

A N F R A G E

der Abgeordneten Heinzinger
und Kollegen
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Sondermüllentsorgung in Österreich

Seit 1.1.1984 ist zwar ein Sonderabfallbeseitigungsgesetz in Kraft getreten, doch die praktische Durchführung liegt noch immer im argen. § 23 Abs. 5 dieses Gesetzes räumt dem Gesundheitsminister eine Frist für ein Sonderabfallbeseitigungskonzept bis 1.1.1986 ein, in welchem eine Darstellung des Entsorgungsbedarfs und der Einrichtungen zur Sammlung und schadlosen Beseitigung von Sonderabfällen in Österreich sowie die erforderlichen Planungen enthalten sein müssen. Diese Bestimmung hätte aber den Gesundheitsminister Steyrer nicht daran gehindert, bereits vor Ablauf der Frist entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiet der Sondermüllentsorgung zu setzen. Derzeit existiert für ganz Österreich nur eine einzige Entsorgungsstätte für Sondermüll, deren Kapazität keineswegs für Gesamtösterreich ausreicht. Und seit auch das Projekt einer zweiten Sonderabfallbeseitigungsanlage in Asten am Widerstand der Anrainergemeinden gescheitert ist, ist im Hinblick auf die Lösung der Frage der Beseitigung gefährlicher Sonderabfälle vonseiten des Umweltschutzministers Kurt Steyrer nichts geschehen. Vielmehr hat lediglich eine vom Gesundheitsministerium in Auftrag gegebene Studie über die Abfallerhebung 1984 in den Gemeinden gezeigt, wie mangelhaft Österreichs Mülldeponien im allgemeinen sind.

Nur 16 % der Deponien erfüllen sämtliche Anforderungen, nach denen gefragt wurde, und nur 12 % haben eine Abdichtung gegenüber dem Grundwasser. Ein jüngstes Gutachten der Technischen Universität Wien hat beispielsweise nachgewiesen, daß bei der Mülldeponie Rautenberg bereits Sickerwasser in das Grundwasser Wiens eingedrungen ist. Auch die Sondermüllbeseitigungsanlage Simmering ist dringend sanierungsbedürftig.

Im Hinblick auf die Gefährdung von Mensch und Umwelt durch die Sonderabfälle und im Interesse der Industrie, die sich vom Umweltminister eine klare Lösung der Sondermüllfrage erwartet, richten daher die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1) Was haben Sie seit dem Inkrafttreten des Sonderabfallbeseitigungsgesetzes unternommen, um die dringende Frage der Beseitigung der gefährlichen Sonderabfälle und der Standorte von Sondermülldeponien zu lösen?
- 2) Welche Alternative sehen Sie als Ersatz zur geplanten Sondermüllbeseitigungsanlage in Asten vor und innerhalb welcher Frist?
- 3) Wie werden Sie sicherstellen, daß das Sonderabfallbeseitigungskonzept, das Sie bis 1.1.1986 der Öffentlichkeit vorzulegen haben, eine aussagekräftige Analyse des Standes der Sondermüllentsorgung in Österreich enthält und konkrete Lösungen des noch immer ungeklärten Sondermüllproblems anbietet?
- 4) Was werden Sie zur praktischen Umsetzung und Durchführbarkeit des Sondermüllbeseitigungskonzepts vorsehen?
- 5) Innerhalb welchen Zeitplanes sollen die Maßnahmen des Sondermüllbeseitigungskonzepts verwirklicht werden?